
Das unerbittliche Geschäft mit der Gesundheit

Dass unsere geistige Entfaltung eng mit unserer körperlichen Gesundheit und unserem Wohlbefinden zusammenhängt, wussten die okkulten Herren der Erde schon immer. Einer ihrer wichtigsten diesbezüglichen Diener ist die wissenschaftlich-medizinische Forschung. Hier wird nicht nur menschenunwürdig bis schwarzmagisch gearbeitet (Tierversuche), sondern es wird nach Methoden gesucht und gefunden, die unsere Entwicklung vorzugsweise schon von Geburt weg vereiteln (z.B. Impfungen gegen Kinderkrankheiten usw.). Angebliche Heilungen dienen nur dem Zweck, die tatsächlichen Absichten zu vertuschen. Vielleicht dürfen wir nochmals an jenen Medizin-Professor erinnern, der seinem vermeintlichen Kollegen, einem aufgeschlossenen Physik-Professor, erklärte: „Heilen, das dürfen wir nicht, sonst machen wir bankrott. Aber lindern, das müssen wir!“ Zur Illustration einige phänomenale Mosaiksteinchen, welche die wirtschaftlichen und psychologischen Methoden erkennen lassen:

USA wollen Pharmakonzerne von Haftpflicht entbinden

Kürzlich wurde dem US-Senat ein Gesetzentwurf, der sogenannte „Biodefense and Pandemic Vaccine and Drug Development Act of 2005“ (Senate Bill Nr. 1873), vorgelegt, der den Testlauf für neue Impfstoffe und Medikamente im Fall einer Pandemie verkürzen und die Hersteller von Impfstoffen davor schützen soll, für gesundheitliche Schäden durch Medikamente zu haften.

Das US-amerikanische National Vaccine Information Center (NVIC) hatte einen solchen Entwurf verlangt, und er wurde schon am folgenden Tag vom US-Senat HELP (Subcommittee on Bioterrorism and Public Health Preparedness) angenommen, um zum „Traum eines jeden Pharmaaktionärs und zum schlimmsten Alptraum des Verbrauchers“ zu werden.

Das geplante Gesetz entzieht den amerikanischen Bürgern das Recht „auf eine Klage, wenn sie durch getestete und lizenzierte Medikamente oder Impfstoffe Schäden davontragen, die sie im Falle eines durch den Staat ausgerufenen gesundheitlichen Notstands zwangsverabreicht bekommen.“

Der Gesetzentwurf weist der Biomedical Advanced Research and Development Agency (BARDA) die alleinige Autorität innerhalb der Regierung in Bezug auf die Forschung und Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen zu, die als Gegenmaßnahme zu Bioterrorismus sowie dem natürlichen Ausbruch von Krankheiten, wie zum Beispiel Grippe, zum Einsatz kommen sollen. Die BARDA soll im Geheimen operieren und unterliegt weder dem Freedom of Information Act noch dem Federal Advisory Committee Act. Damit soll verhindert werden, dass Beweise für Schädigungen oder Todesfälle an die Öffentlichkeit dringen, die auf als „Gegenmaßnahmen“ geltende Medikamente oder Impfstoffe zurückgehen.

Unter Hochdruck wird die Verabschiedung des Gesetzes, das den Spitznamen „Bioshield Two“ trägt, im Kongress vorangetrieben, ohne dass den Wählern Zeit gelassen wird, sich bei

den von ihnen gewählten Repräsentanten Gehör zu verschaffen.

Das Gesetz wird alle regulierende und gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen eliminieren sowie Kinder und Erwachsenen, die durch Impfstoffe und Medikamente Schäden davongetragen haben, das Recht entziehen, ihren Fall der Jury eines Zivilgerichts vorzutragen (www.nexus-magazin.de: Pressemitteilung des NVIC, 19. Oktober 2005; <http://www.nvic.org>).

„Anschnallen ist auch Pflicht“

Kinderärzte-Präsident fordert Einführung von Impfungszwang

SZ: Eltern zum Impfen zu verpflichten ist eine drastische Maßnahme. Sonst ist Zwang im Gesundheitswesen eher selten. Ist er bei Kinderimpfungen denn nötig?

Hartmann: Nach der UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind ein Grundrecht auf Prävention. Wenn die Eltern nicht von allein dafür sorgen, sollte der Staat Maßnahmen ergreifen. Unwissende Eltern haben nicht das Recht, ihre Kinder in Gefahr zu bringen. Das Anschnallen im Auto ist ja auch Pflicht.

SZ: Und welche Strafen sollen bei Versäumnis drohen?

Hartmann: Es geht nicht um Strafe, sondern um Druck. In anderen Ländern wie Frankreich oder den USA wird kein Kind in eine öffentlich finanzierte Schule oder einen Kindergarten aufgenommen, wenn es nicht geimpft ist. Dort wird auf diese Weise eine Impfquote von 95 Prozent erreicht, und die ist nötig, um eine Erkrankung auszurotten.

SZ: Für welche Krankheiten wünschen Sie sich eine Impfpflicht?

Hartmann: Für die schwerwiegenden, von Mensch zu Mensch übertragbaren Krankheiten - also Masern, Diphtherie, Mumps, Röteln, Windpocken und Keuchhusten.

SZ: Wenn man ehrlich ist, ist die Wahrscheinlichkeit zu erkranken aber doch sehr gering. 300 bis 500 Kinder erkranken in einem durchschnittlichen Jahr an Masern, nur eins davon wird Spätschäden erleiden. Und die Impfung kann ja auch unerwünschte Folgen haben.

Hartmann: Die Argumentation kann ich nicht nachvollziehen. Ein Kind kann sich jederzeit anstecken, bei jedem Einkauf im Supermarkt. Und niemand kann vorhersagen, welches Kind es trifft. Unter Wissenschaftlern sind Impfungen überhaupt nicht strittig. Gerade die Masern sind eine ausgesprochen gefährliche Erkrankung. Die schwerste Folge, eine tödliche Gehirnentzündung namens SSPE, tritt bei jedem tausendsten Infizierten auf. Aber schon bei jedem hundertsten lassen sich im EEG nachhaltige Veränderungen erkennen. Das heißt, dass die Viren bei jedem hundertsten auf das Gehirn übergreifen, mit bisher unbekanntem Folgen. Die Impfung bringt dagegen Risiken mit sich, die um den Faktor eins zu 100 000 geringer sind.

SZ: Ist Ihr Ratschlag womöglich nicht ganz uneigennützig? Kinderärzte verdienen natürlich an jeder Impfung.

Hartmann: Das wäre schön, wenn eine so wichtige Sache mit einem großen Einkommen verbunden wäre. Das ist aber nicht so. Unser Berufsverband kümmert sich außerdem auch um die Prävention von Misshandlungen. Und daran verdienen wir nun überhaupt nichts.

Interview: Christina Berndt, *Süddeutsche Zeitung*, 15.5.2006, S. 9.

Scheingefecht gegen Malaria

Harte Kritik an der Weltbank und deren Hilfsprogramm

Leere Versprechungen, Falschaussagen, Inkompetenz – das sind im Kern die Vorwürfe, die eine internationale Gruppe von Gesundheitsexperten gegenüber der Weltbank erhebt. Im Kampf gegen die Malaria habe die Bank versagt, schrieben Amir Attaran von der Universität in Ottawa und zwölf weitere Autoren vor kurzem in der Fachzeitschrift *Lancet* (online). Vor acht Jahren hatte die Weltbank zusammen mit anderen Organisationen die Kampagne „Roll Back Malaria“ (Malaria zurückdrängen) initiiert und Investitionen in Höhe von 300 bis 500 Millionen Dollar angekündigt. Doch noch immer erkrankten jedes Jahr schätzungsweise 500 Millionen Menschen an Malaria. Die Todesopfer schätzt man auf eine Million, betroffen sind in erster Linie afrikanische Kinder.

Am beunruhigendsten sei ..., dass die Bank gar nicht genau sagen könne, wie viel Geld sie auf den Kampf gegen die Malaria tatsächlich verwende. „Keine kommerzielle Bank könnte ohne zivil- oder strafrechtliche Konsequenzen über das Geld ihrer Kunden so ungenau Buch führen“, so die Expertengruppe. In einer gleichzeitig in *Lancet* veröffentlichten Stellungnahme rechtfertigt sich die Weltbank mit dem Argument, viele Mittel flössen in allgemeine Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge, so dass es schwierig sei nachzuweisen, wie viel für eine bestimmte Krankheit ausgegeben worden sei. Zudem kündigt die Bank eine

erneute und verstärkte Initiative im Kampf gegen die Malaria an und hält Investitionen von bis zu einer Milliarde Dollar innerhalb der nächsten fünf Jahre für realistisch.

Doch nicht nur mangelndes Engagement, auch fehlerhafte Maßnahmen monieren die Kritiker in ihrem Bericht, der für *Lancet* von fünf unabhängigen Experten begutachtet wurde. So habe die Weltbank in Indien 1,8 Millionen Dollar für 100 Millionen Tabletten mit dem Wirkstoff Chloroquin ausgegeben – obwohl das Medikament dort bereits in jedem dritten Fall wegen der sich ausbreitenden Resistenzen ohne Wirkung bliebe. Millionen Menschen seien auf diese Weise mit zuweilen tödlichen Folgen falsch behandelt worden. Die Weltbank rechtfertigt ihr Vorgehen, indem sie auf die Einstellung der indischen Regierung verweist: Diese hält entgegen der Empfehlungen der Weltgesundheits-Organisation an Chloroquin als Standard fest und setzt die 10- bis 20-mal teureren Alternativen nur regional begrenzt ein.

Die mangelhaften Maßnahmen der Weltbank würden durch fehlerhafte Erfolgsmeldungen beschönigt, so die Kritiker weiter. Als Beispiel nennen die *Lancet*-Autoren den angeblich massiven Rückgang der Malaria-Todesfälle in drei indischen Bundesstaaten, den sich die Weltbank zugute hält. Laut offizieller indischer Statistiken sei dieser Rückgang aber weit geringer, und seit 2002 steige die Zahl sogar wieder, sagen Attaran und seine Kollegen. Die Weltbank rechtfertigt sich in diesem Fall mit dem Hinweis, die angegebenen Erfolgsmeldungen bezögen sich nur auf einzelne Distrikte, nicht auf die gesamten Bundesstaaten.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass die Bank nicht gegen Indiens schlechte Wahl der Medikamente vorgeht“, sagt Attaran. Offenbar nehme sie auf Indien, einen ihrem wichtigsten Kunden, besondere Rücksicht. „Die Bank erzielt einen sehr großen Profit, indem sie Indien zu anderen Zwecken Geld leiht. Warum wegen toter Kinder Ärger machen, wenn man Profit verliert?“

Süddeutsche Zeitung, Nr. 98, S. 18.

Keim ohne Leben

Agrarkonzerne arbeiten an Saatgut, das nur eine einzige Ernte erbringt – und gefährden damit die Bauern der Dritten Welt

Das Getreidekorn ist für viele Kulturen eines der zentralen Symbole des Lebens. Doch vor allem europäische Konzerne wie Syngenta, BASF oder Bayer, aber zum Beispiel auch der US-Konzern Delta & Pine Land, entwickeln gentechnische Methoden, um den Pflanzen und dem Korn gerade dieses Leben zu nehmen. Eingriffe, die Pflanzen durch Manipulation des Erbgutes ihre Vermehrungsfähigkeit rauben, werden landläufig auch als „Terminator“-Technologien bezeichnet. Den Pflanzen wird dazu eine Art Programm eingebaut, das den Embryo im ausgereiften Korn abtötet. Das gekaufte Saatgut keimt aus, die Pflanzen wachsen, doch die Samen in der Ernte bleiben steril. So sollen Landwirte daran gehindert werden, Saatgut nachzubauen. Einmal gekauftes Saatgut kann nur einmal verwendet werden.

Bisher sind Terminator-Pflanzen noch nicht im Handel. Nach

Aussagen einiger Unternehmen werden sie aber in Gewächshäusern erprobt. Auch das US-Landwirtschaftsministerium ist an der Entwicklung von Terminator-Pflanzen beteiligt. Nach Angabe eines Sprechers will man „den Wert patentierten Saatguts von US-Konzernen steigern und neue Märkte in Ländern der Zweiten und Dritten Welt erobern“. Seit der sog. „Grünen Revolution“ mit ihren von Dünger und Chemie abhängigen neuen Sorten wird weltweit vermehrt Sorten- oder patentrechtlich geschütztes Saatgut verbreitet. Damit geht einher, dass traditionelle Rechte von Bauern sehr stark eingeschränkt werden. Betroffen ist insbesondere das sog. Landwirteprivileg auf den bäuerlichen Nachbau: Demzufolge dürfen Bauern unter bestimmten Bedingungen auch geschützte Sorten für die Wiederaussaat einbehalten. Derzeit dringen global agierende Agrarkonzerne in Regionen der Welt vor, in denen diese Selbstversorgung mit Saatgut noch die Regel ist. Insbesondere in der Dritten Welt wird Saatgut ausgelesen und mit Nachbarn getauscht. Die besten Körner der Ernten werden für die Aussaat im nächsten Jahr zurückbehalten. Gehandelt wird es jedoch

nicht. So wird die Ernährung von mindestens 1,4 Milliarden Menschen gesichert.

Dieser bäuerliche Nachbau liegt notwendigerweise nicht im Interesse des globalen Saatguthandels. Um dessen Geschäft zu ermöglichen, fehlt es in den sog. Entwicklungsländern zudem an Patentgesetzen und Kontrollmöglichkeiten. Für die Agrokonzerne wären Terminator-Pflanzen der Schlüssel für das Schlaraffenland, eine Welt ohne Nachbau. Schätzungen zufolge sind derzeit noch drei Viertel des weltweiten Saatgutmarktes in bäuerlicher Hand. In Deutschland zum Beispiel werden zirka fünfzig Prozent des Getreides von den Landwirten nachgebaut.

Die Grundlagen der Terminator-Technologie wurden zu Beginn der 90er Jahre entwickelt. ... Ans Licht der Öffentlichkeit gelangte diese Form der gentechnischen Veränderung jedoch erst, als 1998 die Anmeldung eines Patentes auf Terminator-Pflanzen und die Absicht bekannt wurde, diese auf den Markt zu bringen.

Bauern sehen ihre Rechte am Saatgut, Entwicklungsorganisationen das Menschenrecht auf Nahrung in Gefahr. Umweltverbände sorgen sich um die biologische Vielfalt und die Ethikkommission der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen erklärt, es sei „unakzeptabel, Saatgut zu verkaufen, dessen Erntegut die Bauern nicht wiederverwenden können“. Zudem hatten die Vertragsstaaten der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) im Jahre 2000 ein Moratorium für die kommerzielle Nutzung gentechnisch sterilisierter Pflanzen beschlossen. Hauptargumente der internationalen Gemeinschaft waren, dass die Terminator-Technologie die biologische Vielfalt, das Wissen hierüber sowie die traditionellen – in den Ländern des Südens noch heute vielfach praktizierten – Saatgut-Tauschpraktiken gefährdet.

Die meisten beteiligten Unternehmen versprachen daraufhin, diese Technologie nicht weiter zu verfolgen oder auf ihre Anwendung zu verzichten. Dennoch soll eine neue Strategie nun

die Vermarktung von Terminator-Pflanzen ermöglichen: Die Industrie versucht seit einiger Zeit, gentechnisch veränderte Terminator-Pflanzen als Lösung des Problems der Verunreinigung konventionell und ökologisch bewirtschafteter Felder durch genmanipulierte Gewächse zu verkaufen. Mit anderen Worten: Eine von der Gentech-Industrie selbst herbeigeführte Situation – die Verunreinigung anderer Felder durch transgene Pflanzen – dient als Vorwand, die neue Terminator-Technologie als Schutz zu propagieren. Der Bock macht sich selbst zum Gärtner.

Die These, mit Terminator-Pflanzen könnte Auskreuzung verhindert werden, ist jedoch schlichte Bauernfängerei, denn nur die Samen der Terminator-Pflanzen sind steril – nicht jedoch die Pollen. Diese können andere Pflanzen bestäuben und benachbarte Äcker kontaminieren. Die Ernten dieser Felder könnten dann ihrerseits, zumindest teilweise, steril werden. Die Industrie erhält Unterstützung von den Regierungen Kanadas, Australiens und Neuseelands, die ihrerseits das Terminator-Moratorium der CBD aus dem Jahre 2000 schwächen wollen. ...

Doch die Ächtung der Terminator-Technologie ist auch in Deutschland nicht unumstritten ... Eine Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zur Unterstützung des Moratoriums scheiterte – interessanterweise am Widerstand der christlichen Parteien. Wie ernst es den Saatgutzüchtern mit ihren Forderungen zur Einschränkung des Nachbaus ist, konnte im vergangenen Jahr verfolgt werden: Im Herbst forderte deren europäische Dachorganisation ESA schlicht die vollständige Abschaffung des Landwirteprivilegs.

Notwendig ist daher eine dauerhafte und völkerrechtlich verbindliche Ächtung aller Technologien zur gentechnischen Sterilisierung von Pflanzen. Nur so können grundlegende bäuerliche Rechte verteidigt und die biologische Vielfalt geschützt werden. ... (Andreas Bauer und Christof Potthof in der *Süddeutschen Zeitung*, 11.5.2006)

Die glänzenden Geschäfte auf dem Rücken der Hungernden

UNO-Sonderberichterstatter Jean Ziegler kämpft für das Menschenrecht auf Nahrung und attackiert das Diktat der Lebensmittelkonzerne.

... In seinem Buch „Das Imperium der Schande“ (C. Bertelsmann Verlag) geißelt Ziegler die grossen Nahrungsmittelkonzerne – das Kapital. Ohne Probleme könne die Weltlandwirtschaft heute – auch ohne Genfood – 12 Milliarden Menschen, also das Doppelte der Weltbevölkerung ernähren. „Wer heute an Hunger stirbt, wird ermordet“, behauptet Ziegler provokant. ... Der ehemalige Professor geißelt die Agrar-Subventionspolitik von EU und USA. 349 Milliarden Dollar würden jährlich ausgegeben, damit man auf dem Markt in Dakar Tomaten aus Portugal zu dem Drittel des Preises des einheimischen Gemüses kaufen könne. Und der Bauer, keine zehn Kilometer

vom Markt entfernt, habe „keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben“. ... Ziegler spricht von einer „strukturellen Gewalt“, von einer „Weltordnung, die tötet“ und der „Refeudalisierung“ durch das Kapital. ... „Wir sind das Subjekt“, impft er den Zuhörern in seinen Vorträgen ein. Wenn sich Regierungen dauerhaft von multinationalen Konzernen erpressen liessen, wenn sie immer mehr öffentliche Güter wie Wasser privatisieren, müsse man ihnen die Stimme entziehen¹ (*Südkurier*, 15.5.2006).

¹ So geradlinig Ziegler die sozialen Missstände aufdeckt, entlarvt er, als politisch „Linker“, mit dieser „Empfehlung“ seine Realitätsfremdheit in Bezug auf die demokratischen Staatssysteme. Die Tatsache, dass das Buch bei Bertelsmann erscheint, sollte auch nicht übersehen werden.